



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft Abwasser und Abfall e.V.

Aktuell seit 25.08.2026 11:33:25

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001008
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	25.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: DWA e.V. Theodor-Heuss-Allee 17 53773 Hennef Deutschland Telefonnummer: +4922428720 E-Mail-Adressen: info@dwa.de Webseiten: https://de.dwa.de/de/
Hauptstadtrepräsentanz:	Invalidenstrasse 91 10115 Berlin Telefonnummer: +493057713538 E-Mail-Adresse: info@berlin.dwa.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr:	01/25 bis 12/25
Sonstiges, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

150.001 bis 160.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,70

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Rolf Usadel**

Funktion: Vorstand

2. Dr.-Ing. Lisa Irwin-Broß

Funktion: Vorständin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):**1. Christoph Leptien****2. Prof. Dr. Uli Paetzel****3. Lukas Müller****4. Dr.-Ing. Lisa Irwin-Broß****Gesamtzahl der Mitglieder:**

13.059 Mitglieder am 30.04.2026, davon:

7.267 natürliche Personen

5.792 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (21):

1. AUMA - Verband der Deutschen Messewirtschaft
2. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V. (DGVM)
3. Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.
4. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)
5. European Water Association (EWA)
6. Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau - (BWK) e.V.
7. International Water Association (IWA)
8. Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V. (BBN)
9. Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)
10. Ingenieurtechnischer Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling e.V. (ITVA)
11. Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW)
12. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)
13. Verband zertifizierter Sanierungs-Berater für Entwässerungssysteme e.V. (VSB)
14. Deutsche Institut für Normung e.V. (DIN)
15. Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse)
16. Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE)
17. Güteschutz Kanalbau e.V.
18. Güteschutz Grundstücksentwässerung e.V.

19. Deutsche Gesellschaft für Limnologie e. V. (DGL)
20. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V.
21. Stichting RIONED

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (16):

Berufliche Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Stadtentwicklung; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) setzt sich in Deutschland für die Förderung der Wasser- und Abfallwirtschaft ein. Sie ist ein technisch-wissenschaftlicher Verband mit Mitgliedern aus den Betrieben der Wasser- und Abfallwirtschaft, aus Kommunen oder der Industrie, von Verbänden und Universitäten sowie aus Ingenieurbüros und Umweltbehörden und in ihrem Tätigkeitsbereich die Stimme der technisch wissenschaftlichen Vernunft. Sie setzt sich für einen ambitionierten und zukunftsweisenden Gewässerschutz und einen naturnahen Landschaftswasserhaushalt ein und versteht sich als Fürsprecher für die wasserwirtschaftliche Infrastruktur. Die Anpassung an den Klimawandel und eine Erhöhung der Resilienz sind Kernanliegen der DWA, die sie nachdrücklich u.a. zugunsten einer flächendeckenden wasserbewussten Stadtentwicklung verfolgt.

Konkrete Regelungsvorhaben (15)

1. Nationale Umsetzung der neuen EU-Kommunalabwasserrichtlinie

Beschreibung:

Die EU-Kommunalabwasserrichtlinie (91/271/EWG) ist auf europäischer Ebene novelliert worden (COM (2022)541) und wird die Siedlungswasserwirtschaft in Deutschland im Rahmen der Richtlinienumsetzung neu ordnen. Die DWA setzt sich für eine praxistaugliche Umsetzung der Richtlinie, insbesondere der erweiterten Herstellerverantwortung in deutsches Recht ein. Auch sollte die Überwachungsmethodik für Stickstoff und Phosphor im Rahmen der Umsetzung auf die europarechtlich vorgeschlagene 24-Stunden-Mischprobe auf Jahresdurchschnittswerten umgestellt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; AbwV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2412170076 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. SG2601120002 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. Referentenentwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes**Beschreibung:**

Mit dem Entwurf soll die erforderliche Anpassung an die Europäische Verordnung (EU) 2020 /741 über Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung vom 25.5.2020 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 32) erfolgen. Die DWA setzt sich dafür ein, dass das Instrument der Wasserwiederverwendung in Zeiten des Klimawandels in Deutschland grundsätzlich zur Verfügung gestellt werden kann, soweit hygienische und ökologische Anforderungen, insbesondere der Schutz der Trinkwasserressourcen, gewährleistet sind. Es geht der DWA

darum, dass keine bürokratischen und fachlich nicht notwendigen Hürden geschaffen werden, so dass eine Wasserwiederverwendung praktisch eine Chance hat, soweit die örtlichen Rahmenbedingungen dies zulassen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.03.2024

Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

3. **Rahmenbedingungen Phosphorrückgewinnungskapazitäten bis 2029 gem. Verpflichtungen der KlärschlammV, AbklärV, DepV**

Beschreibung:

Die Klärschlammverordnung bestimmt, dass ab 2029 alle kommunalen Klärschlämme einem Phosphorrecycling zuzuführen sind. Für die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Entsorgung müssen bis 2029 große Kapazitäten zur thermischen Vorbehandlung von Klärschlamm sowie für ein Recycling bzw. die Rückgewinnung des in den Aschen enthaltenen Phosphors aufgebaut werden. Aktuelle Prognosen weisen jedoch auf eine erhebliche Kapazitätslücke für die Phosphorrückgewinnung hin. Die DWA benennt den Handlungsbedarf für den Gesetz- und Verordnungsgeber auf Bundes- und Landesebene (u.a. Anpassung der Landesregelungen zu den Abwasserentgelten, Anpassung des Düngerechts, ggf. Zwischenlagermöglichkeiten) um möglichst ausreichende Kapazitäten bis 2029 aufzubauen, damit die rechtlichen Vorgaben erfüllt werden können.

Betroffenes geltendes Recht:

DüMV 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2405290043** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **SG2601200011** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **SG2608250005** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz, Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements**

Beschreibung:

Zum Gesetz zur Umsetzung der europäischen NIS-2-Richtlinie, (EU) 2022/2555, Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung setzt sich die DWA für abgestufte Vorgaben zum Sicherheitsniveau zur Gewährleistung angemessener Sicherheitsmaßnahmen, eine Harmonisierung mit dem KRITIS-DachG und eine Stärkung der technischen Selbstverwaltung ein.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 380/24 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2009 [alle RV hierzu]; BNDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

5. Stärkung der integrierten Stadtentwicklung**Beschreibung:**

Die Novellierung des Bauplanungsrechts bezieht sich insbesondere auf das Baugesetzbuch (BauGB)

und die Baunutzungsverordnung (BauNVO). Schwerpunkte der Novelle sind u.a. Vereinfachungen

für den Wohnungsbau, die Betonung der Klimaanpassung und des Klimaschutzes im Städtebaurecht.

Zentral ist, dass gerade nun, wo zurecht der Wohnungsmangel in Deutschland massiv angegangen werden soll, Strukturen gestaltet werden, die resilient, nachhaltig und sicher, d. h. wasserbewusst sind. Erforderlicher Zubau, Nachverdichtungen und Sanierungen dürfen nicht nach altem Muster erfolgen, sondern müssen die vorliegenden Erkenntnisse berücksichtigen und umsetzen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13091 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung

Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

6. Hochwasserschutzgesetz III**Beschreibung:**

Mit diesem Referentenentwurf plant die Bundesregierung Verbesserung des Hochwasserschutzes, will Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zur Klimaanpassung umsetzen und außerdem Länderforderungen nach Änderung der bundesrechtlichen Regelungen nachkommen.

Die Regelungen gehen grundsätzlich in die richtige Richtung und greifen viele Punkte auf, welche die

DWA wiederholt gefordert hatte, wie z.B. die Einführung von Starkregenrisikokonzepten sowie deren

Berücksichtigung in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Allerdings fehlen bundeseinheitliche Bewertungsstandards als konkreter Maßstab im Rahmen eines Starkregenrisikomanagements oder bei

der Ausweisung von Starkregenrisikogebieten. Nicht alle gesetzlichen Lücken für eine sachgerechte Hochwasservorsorge werden aber geschlossen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1084 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung

Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und des Schutzes vor Starkregenereignissen sowie zur Beschleunigung von Verfahren des Hochwasserschutzes (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

7. Position Dürre und Trockenheit - Für einen ausgeglichenen Landschaftswasserhaushalt

Beschreibung:

Schaffung eines ausgeglichenen Landschaftswasserhaushalts und Schaffung von Resilienz gegen Dürre und Trockenheit durch Maßnahmen der Klimaanpassung, wie:

- Intensivierung v. Klimaschutzmaßnahmen
- Entwicklung Kommunikationsstrategie für achtsamen Umgang mit Wasserressourcen
- Sicherung notwendiger Finanzausstattung für Klimaanpassung durch Aufnahme Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung im Grundgesetz
- Erleichterung Zugang u. Abrufbarkeit u. regelmäßige Evaluierung von Förderprogrammen
- Bereitstellung Flächen für Anpassungsmaßnahmen
- Red. des Wasserverbrauchs i. Landwirtschaft durch Förderung neuer Bewässerungstechnologien oder Züchtung dürreresistenter Pflanzen

- Klimaangepasste Flächennutzung
- Förderung Maßnahmen z. Verbesserung d. Wasserspeicherfähigkeit v. Böden

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

8. Überwachungsmethodik für Phosphor und Stickstoff, 1 zu 1 Umsetzung EU-KARL

Beschreibung:

Die Anfang Januar 2025 in Kraft getretene EU-Kommunalabwasserrichtlinie (EU) 2024/3019 ist bis zum 31. Juli 2027 in nationales Recht umzusetzen. Die DWA fordert die von der Richtlinie vorgeschlagene Überwachungsmethodik und Umsetzung der europäischen Vorgaben für die Nährstoff-Elimination von Stickstoff (N) und Phosphor (P) im Jahresmittel auf Basis von 24h-Mischproben und damit eine Abkehr von der bislang vorgenommenen qualifizierten Stichprobe bzw. einer 2h-Mischprobe und eine Beendigung des nur in Deutschland praktizierten Sonderwegs. Vorteile ergeben sich u.a. durch europäische Vergleichbarkeit, die Angleichung an die bestehende Gewässerüberwachungsmethodik oder beim Bau und der Dimensionierung von Belebungsbecken sowie der Dosierung von Fällmittel-Chemikalien.

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; AbwV [alle RV hierzu]; AbwAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

9. Verordnung zur Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung

Beschreibung:

Die DWA sieht die Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung kritisch. Nach Auffassung der DWA stellt die Nitratbelastung in Deutschland weiterhin ein Problem für den Grundwasserschutz dar. Es braucht deshalb ein angepasstes Düngerecht mit einem konsequenten Monitoring, um die Nitratreinträge weiter zu senken. Die Stoffstrombilanz sollte in einer weiterentwickelten, dynamisierten Form mindestens so lange Bestand haben, bis eine wirksame und weniger aufwendige Alternative zur Verfügung steht. Die DWA setzt sich nachdrücklich für die Berücksichtigung betrieblicher Nährstoffbilanzen

in einem künftigen Wirkungsmonitoring in Verbindung mit dynamischen Kontrollwerten auf Basis des

Vorschlags von Taube/Bach (BT-Drs. 20/411 vom 29.12.2021) ein.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung

Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StoffBilV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

10. **Effektiver Klimaschutz und vorausschauende Klimawandel-Anpassung, Notwendige Strategien aus Sicht der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung**

Beschreibung:

Es gilt, die politischen Ziele hin zur Klimaneutralität und Klimaresilienz zu erreichen. Dazu ist wichtig, dass Vorsorge- und Verursacherprinzip wirksam umzusetzen, beispielsweise durch effektive Steuerung im Rahmen der Stoffzulassung über REACH, durch Vermeidung von kritischen Stoffeinträgen an der Quelle und mit der erweiterten Herstellerverantwortung in der neuen Kommunalabwasserrichtlinie. Beim notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien werden zusätzliche Flächen benötigt. Die Abwasserentsorger treiben den erneuerbaren Energieeinsatz auf Betriebsflächen und zugehörigen Liegenschaften voran. Es ist notwendig, die steuerlichen Benachteiligungen im Stromsteuergesetz für eigengenutzte Energie zum Beispiel aus der Klärschlammfäulung sowie genehmigungsrechtliche Hemmnisse abzubauen.

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

11. **Änderung des Düngegesetz, Reduzierung der Nitratbelastung im Grund- und Oberflächenwasser und Umsetzung eines nationalen Aktionsprogramms**

Beschreibung:

Die Nitratbelastung stellt in Deutschland weiterhin ein großes Problem für den Grundwasserschutz dar. Neben einem angepassten Düngerecht mit einem zielgerichteten und effektiven

Monitoring ist die Umsetzung eines nationalen Aktionsprogramms unerlässlich, um die Nitratreinträge in das Grund- und Oberflächenwasser weiter zu senken. Dazu sind geeignete

Instrumente im Düngerecht zu implementieren. Um die Ziele der EU-Nitratrichtlinie zu erreichen, ist ein Bilanzierungsinstrument vorzugeben mit dem Ziel, die Nährstoffeffizienz in den Betrieben zu steigern und Verluste zu minimieren. Umfangreichen Datenerhebungen für das Wirkungsmonitoring in der vorgesehenen Ausgestaltung sind kritisch zu prüfen. Es braucht einfache aber verbindliche Regelungen.

Referentenentwurf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 15.01.2026

Federführendes Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

DüngG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

12. **Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts**

Beschreibung:

Es gilt die Erfordernisse zur klimaresilienten, blaugrünen Stadtentwicklung rechtlich zu verankern, insbesondere mit Änderungen des Bundesbaugesetzbuchs. Die DWA setzt sich intensiv dafür ein, die Klimaanpassung mit einer blau-grünen Infrastruktur als Leitbild einer modernen Planung urbaner Räume umzusetzen und eine wasserbewusste Stadtentwicklung flächendeckend zu integrieren. Dazu sind den Kommunen die notwendigen rechtlichen und planerischen Instrumente an die Hand zu geben, um dies strategisch zu entwickeln und dann auch durchsetzen zu können. Ziel muss es u.a. sein, die Investitionen, die auch durch den sog. "Bauturbo" mobilisiert werden, zukunftsfest und langfristig gut, d.h. klimaangepasst anzulegen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts

Datum des Referentenentwurfs: 01.04.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605210016** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

13. Leitlinien zum Umgang mit Nutzungskonkurrenzen bei Wasserknappheit

Beschreibung:

Kommentierung des Entwurfs der „Leitlinien zum Umgang mit Nutzungskonkurrenzen bei Wasserknappheit“, die im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie erarbeitet wurden und vom BMUKN zur Stellungnahme vorgelegt wurde. Die DWA unterstützt den Umsetzungsprozess für die Nationale Wasserstrategie (NWS) nachdrücklich und sieht darin gute Chancen für langfristige Erfolge beim Umgang mit den zentralen Herausforderungen für die Wasserwirtschaft, u.a. im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem Umwelt- und Ressourcenschutz. Dazu sollten die Leitlinien sachgerechte Definitionen und ein transparentes Indikatoren- und Einstufungssystem vorgeben, um für den Vollzug eine Hilfestellung zu bieten.

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

14. KRITIS-DachG, BSIG, KritisV und Bestimmung kritischer Anlagen

Beschreibung:

Die KritisV bestimmt zukünftig den Anwendungsbereich von KRITIS-DachG und BSIG in Bezug auf kritische Anlagen und kritische Dienstleistungen. Dabei wird ein Schwellenwert von 500 000 zu versorgenden Einwohnern als Regelschwellenwert vorgegeben. Im Rahmen der Länderbeteiligung und nach Rückmeldungen anderer Ressorts soll dieser Schwellenwert zukünftig abgesenkt und damit mehr Anlagen erfasst werden. Die DWA verfolgt das Ziel die Resilienz kritischer Anlagen zu steigern und begrüßt die Bestrebungen für eine Absenkung unter der Voraussetzung, dass die Kommunen und Anlagenbetreiber personell und finanziell in die Lage versetzt werden, die neuen Verpflichtungen auch umzusetzen. Insbesondere die Finanzierung für die Aufgabenerfüllung ist zu sichern.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Bestimmung kritischer Anlagen nach dem KRITIS-DachG

Datum des Referentenentwurfs: 26.05.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2025 [alle RV hierzu]; KRITISDachG [alle RV hierzu]; BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Cybersicherheit [alle RV hierzu]
; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall,
Hochwasservorsorge

15. Föderale Modernisierungsagenda, Umgang mit Verweisen auf technische Normen**Beschreibung:**

In der föderalen Modernisierungsagenda und den Beschlüssen von Bundeskanzler, Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 4.12.2025 legen diese die grds. Streichung von Verweisen auf externe Normen im deutschen Recht und bei Genehmigungen fest. Damit könnten in zahlreichen Umweltgesetzen und Verordnungen und bei der Gestattung von Vorhaben transparente technische Bezüge fehlen, die schlanke und effiziente Verfahren erst ermöglichen. Gemeinsam mit Industrie und Vollzug mahnt die DWA zu einem differenzierten und fachlich orientierten Vorgehen und rät zur sorgfältigen Prüfung statt einer politisch motivierten Rasenmähermethode. Es geht um Verweise auf den S.d.T. und die a.a.R.d.T. in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen, statt vieler:

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; AbwV [alle RV hierzu]; AwSV [alle RV hierzu]; AbwAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu];
Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft,
Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (17):**1. BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

2. Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Magdeburg

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung der Kläranlagen/Kanal-Nachbarschaften

Kanal-, Kläranlagen- und Gewässer-Nachbarschaften

Kanalnetze, Kläranlagen und Gewässerunterhaltung kosten viel Geld bei Bau und Betrieb.

Sie können nur dann ihren vollen Beitrag zum Umwelt- und Gewässerschutz leisten sowie wirtschaftlich arbeiten, wenn qualifizierte Mitarbeiter die Aufgaben wahrnehmen.

Auf die ständige Fortbildung des Personals muss dabei besonderer Wert gelegt werden. Dazu kommen die Teilnehmer der 43 Nachbarschaften zwei Mal im Jahr zum Erfahrungsaustausch zusammen und werden unter Anleitung eines erfahrenen Lehrers weitergebildet.

Nachbarschaftstage werden praxisbezogen auf der Kläranlage, im Kanalnetzbetrieb oder am Gewässer durchgeführt, vermitteln den Praktikern wertvolle Anregungen und dienen dem lebendigen Austausch von Erfahrungen. Zugleich vertiefen sich die persönlichen Kontakte des Personals untereinander, was zu gegenseitiger Beratung und Hilfestellung, der Nachbarschaftshilfe, führt.

3. Bayrisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro

allgemeine Unterstützung der Aktivitäten des Landesverbandes

4. Bayrisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Projektförderung Klärschlammplattform

5. Interreg Baltic Sea Region

Europäische Union

Helsinki Rostock

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Interreg Projekt Periode 4 + 5

6. Land Schleswig Holstein

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Kiel

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Projektförderung Nachbarschaften

DWA Nachbarschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Betreibern wasserwirtschaftlicher Anlagen, bzw. von Gewässerunterhaltungspflichtigen. Sie dienen der Förderung des Gewässerschutzes, der Gewässerentwicklung, sowie dem fachgerechten und sicheren Anlagenbetrieb.

Der DWA-LV Nord hat zur regelmäßigen Fortbildung des Betriebspersonals Kläranlagen- und Kanal-Nachbarschaften eingerichtet. Zwei- bzw. dreimal jährlich kommt das Betriebspersonal zusammen, um sich fortzubilden und den Erfahrungsaustausch untereinander zu pflegen. Diese Nachbarschaftstage werden von einem erfahrenen Fachmann geleitet.

Die Trägerschaft liegt beim regional zuständigen Landesverband. Das Angebot im Bereich der Nachbarschaftsarbeit der DWA ist in den Landesverbänden unterschiedlich. Die Nachbarschaften werden durch einen jährlichen Kostenbeitrag finanziert. Die Teilnahme an den Nachbarschaften ist unabhängig von der Mitgliedschaft in der DWA.

7. Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Mainz

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zuschuss für Aus und Fortbildung des Betriebspersonals von Abwasserbeseitigungsanlagen

8. Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Wiesbaden

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zuwendung für Aus- und Fortbildung des Betriebspersonals auf Abwasserbehandlungsanlagen

9. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden Württemberg

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Stuttgart

Betrag: 630.001 bis 640.000 Euro

Projektfinanzierung, insbesondere:

Regenüberlaufbecken, Fortbildung im Abwasserbereich, P-Kongress, Kompetenzzentrum Spurenstoffe

10. Bundeskasse BMBF

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Halle

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Projektfinanzierung TRaum

Es ist eine Förderlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die darauf abzielt, den Transfer von Wissen und Innovationen aus Hochschulen und

Forschungseinrichtungen in Regionen zu stärken. Ziel ist es, durch die Entwicklung neuer Transferinstrumente einen positiven Strukturwandel zu fördern und Innovationen schneller in die Praxis zu bringen.

11. Thüringer Aufbaubank (TAB)

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Erfurt

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Projektfinanzierung "Eigendynamik"

Kofinanziert durch Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Renaturierung und Vernetzung von Lebensräumen sowie Vorhaben zur Sicherung der biologischen Vielfalt. Mit dem Projekt wird durch die Förderung der Eigendynamik zugleich der Wasserrückhalt in der Landschaft gefördert. Das Vorhaben bezieht sich schwerpunktmäßig auf kleine und mittlere Fließgewässer mit ihrer angrenzenden Aue in Natura 2000-Gebieten in Thüringen. Im Focus stehen die Bereiche der freien Landschaft mit ausreichendem Abstand zur Wohnbebauung.

12. Hauptkasse des Freistaates Sachsen

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Dresden

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Projektförderung Nachbarschaften Sachsen

Kanal-, Kläranlagen- und Gewässer-Nachbarschaften

Kanalnetze, Kläranlagen und Gewässerunterhaltung kosten viel Geld bei Bau und Betrieb.

Sie können nur dann ihren vollen Beitrag zum Umwelt- und Gewässerschutz leisten sowie wirtschaftlich arbeiten, wenn qualifizierte Mitarbeiter die Aufgaben wahrnehmen.

Auf die ständige Fortbildung des Personals muss dabei besonderer Wert gelegt werden. Dazu kommen die Teilnehmer der 43 Nachbarschaften zwei Mal im Jahr zum Erfahrungsaustausch zusammen und werden unter Anleitung eines erfahrenen Lehrers weitergebildet.

Nachbarschaftstage werden praxisbezogen auf der Kläranlage, im Kanalnetzbetrieb oder am Gewässer durchgeführt, vermitteln den Praktikern wertvolle Anregungen und dienen dem lebendigen Austausch von Erfahrungen. Zugleich vertiefen sich die persönlichen Kontakte des Personals untereinander, was zu gegenseitiger Beratung und Hilfestellung, der Nachbarschaftshilfe, führt.

13. Bezirksregierung Düsseldorf

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Düsseldorf

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Erstellung einer digitalen Plattform zu Fällmittelmangellagen

14. BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Halle

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Projektfinanzierung InterSim

Die Vermittlung komplexer abwassertechnischer Systeme stellt eine Herausforderung in der Berufsbildung der Wasser- und Abwasserwirtschaft dar. Das Projekt interSim nutzt die Potenziale von Computersimulationen, um Lernende praxisnah zu qualifizieren. Durch die Integration der wissenschaftlichen Simulationsplattform SIMBA#classroom in eine Moodle-basierte Lernumgebung entstehen interaktive Lehr- und Lernmaterialien, die sich flexibel an unterschiedliche Erfahrungslevel anpassen.

15. **BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Halle

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Projektfinanzierung FluSeeQ

FluSeeQ ist ein deutsches Forschungsprojekt, dessen Name für „Nutzung thermischer Potentiale von Oberflächengewässern durch Wärmeentzug mittels belastbarer Regulatorik und neuer Technologie zur Quellerschließung“ steht.

16. **Deutsche Bundesstiftung Umwelt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Osnabrück

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Projektfinanzierung Maßnahmen zur Forcierung wasserbewusster Stadtentwicklung in der Praxis Teil 1 und 2

17. **Land Niedersachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Hannover

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Projektförderung Nachbarschaften

DWA Nachbarschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Betreibern wasserwirtschaftlicher Anlagen, bzw. von Gewässerunterhaltungspflichtigen. Sie dienen der Förderung des Gewässerschutzes, der Gewässerentwicklung, sowie dem fachgerechten und sicheren Anlagenbetrieb.

Der DWA-LV Nord hat zur regelmäßigen Fortbildung des Betriebspersonals Kläranlagen- und Kanal-Nachbarschaften eingerichtet. Zwei- bzw. dreimal jährlich kommt das Betriebspersonal zusammen, um sich fortzubilden und den Erfahrungsaustausch untereinander zu pflegen. Diese Nachbarschaftstage werden von einem erfahrenen Fachmann geleitet.

Die Trägerschaft liegt beim regional zuständigen Landesverband. Das Angebot im Bereich der Nachbarschaftsarbeit der DWA ist in den Landesverbänden unterschiedlich. Die Nachbarschaften werden durch einen jährlichen Kostenbeitrag finanziert. Die Teilnahme an den Nachbarschaften ist unabhängig von der Mitgliedschaft in der DWA.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

3.560.001 bis 3.570.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

DWA_Erfolgs-und-Vermögensrechnung_2025.pdf

Eigener Verhaltenskodex

Compliance-Verhaltenskodex_Netz.pdf